

Werte am



Von **Nicole J. Saam** und
Marie-Kristin Döbler

Lebensabend

Im Laufe eines Lebens haben **Freiheit und Sicherheit** jeweils unterschiedliches Gewicht. Im hohen Alter bündeln sich die Facetten dieses Wertepaars schließlich wie unter einem Brennglas. Es geht dabei immer auch um Teilhabe und Mitsprache.

Freiheit ist nicht Freiheit und Sicherheit ist nicht Sicherheit – ein logisch unsinniger, aber empirisch betrachtet wahrer Satz. Entsprechend sozialwissenschaftlich wie gesellschaftlich herausfordernd sind die Fragen: Wie wichtig sind uns Freiheit und Sicherheit, und welche Bedeutungen werden diese beiden Werte künftig in einer alternden Gesellschaft haben?

Interviews mit Seniorinnen und Senioren, die noch zu Hause oder schon in einem Heim leben, mit Pflegekräften und mit Altenheimleitungen zeugen von einer Bedeutungsvielfalt, die auf Perspektiven, Veränderungen im Lebenslauf und unterschiedliche Lebensumstände zurückzuführen ist.

Bedeutungen von Freiheit und Sicherheit für ältere Menschen

Befragte ältere Menschen verbinden Freiheit mit (a) Mobilität – insbesondere einer Mobilität, die trotz körperlicher Einschränkungen in altersgerechten, barrierefreien Räumen, durch personelle oder technische Unterstützung wie z. B. Rollatoren möglich ist. Hinzu kommen (b) der Einfluss auf Lebens- und Alltagsgestaltung und (c) die Wahl zwischen Alternativen, die praktisch und nicht nur theoretisch vorhanden sind. Damit meinen sie u. a., beeinflussen zu können, wann sie aufstehen und was sie essen, ob und in wessen Gesellschaft sie sich begeben, wie lange und in welcher Form Kontakt zu Nachbarn, Mitbewohnerinnen und Angehörigen stattfindet, vielleicht sogar, von wem sie gepflegt werden. Letztlich ist den älteren Menschen besonders wichtig, (d) an Entscheidungen beteiligt zu sein, die sie betreffen, etwa, ob und in welches Heim sie einziehen.

Mit Sicherheit verbinden ältere Menschen (a) Verlässlichkeit, wie die Befragungen zeigen. Diese sei jedoch nicht immer

gewährleistet. Wegen altersbedingter Erscheinungen z. B. könnten sie sich ihrer eigenen körperlichen wie geistigen Fähigkeiten nicht immer sicher sein. Weiter beziehen sie Sicherheit darauf, (b) anderen, v. a. Angehörigen und Pflegekräften, aber auch dem Heim als Einrichtung oder dem Gesundheitswesen sowie dem Staat als System vertrauen zu können. Hinzu kommen (c) verschiedene Formen des gefahrlosen Lebens und Handelns oder (Selbst- und Fremd-)Schutzes vor Gefahren aus der natürlichen wie technischen Umwelt (z. B. im Straßenverkehr) und dem sozialen Umfeld (etwa anderen, demenziell enthemmten und aggressiven Heimbewohnerinnen und -bewohnern). Außerdem bedeutet Sicherheit, (d) keine Schmerzen fürchten zu müssen (etwa durch Verabreichung von Medikamenten, den Verzicht auf lebensverlängernde Maßnahmen), bis zum Tod in jeder Hinsicht versorgt und nicht einsam zu sein, vor allem nicht einsam zu sterben. Sicherheit verbinden die älteren Menschen auch mit (e) praktischer und finanzieller Unabhängigkeit von Dritten sowie (f) der Gewissheit, nichts falsch oder kaputt zu machen (daher kommt u. U. die „Angst vor neuer Technik“).

Widersprüche können zwischen verschiedenen Facetten von Sicherheit (oder Freiheit) auftreten, etwa wenn das Schutzbedürfnis groß ist, das Vertrauen oder die Verlässlichkeit aber eingeschränkt sind. Wechselverhältnisse von Freiheit und Sicherheit werden sichtbar, wenn Befragte beschreiben, was als Zuhause verstanden wird: Dort fühlen sich die älteren Menschen frei („hier kann ich sein, wie ich will“, „niemand hat mir etwas vorzuschreiben“, „ich kann den Ton angeben“) und sicher („alles ist vertraut“). Anzuerkennen, dass „Zuhause“ unter bestimmten Umständen (etwa: „alles ist da, was ich brauche und was mir wichtig ist“) auch das Heim sein kann, zeigt exemplarisch, dass Schutz und

Unterstützung nicht zwangsläufig als Freiheitseinschränkungen erlebt werden.

Das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit, das in den Erzählungen älterer Menschen über den erwogenen oder zurückliegenden Heimeinzug deutlich wird, lässt sich somit weder auf einen bestimmten Wertkonflikt noch allgemein auf ein Spannungsverhältnis reduzieren. Die Bedeutungen werden den Werten dynamisch zugeschrieben, Werteabwägungen zwischen Freiheit und Sicherheit finden dabei nur manchmal statt.

Entscheidung ohne Werteabwägung

Kaum jemand denkt in der oben anklingenden analytischen Form über eine Entscheidung nach. Wohl werden beim Heimeinzug Vor- und Nachteile erörtert. Die Dimensionen und Facetten von Freiheit und Sicherheit werden jedoch selten ausgelotet und gegeneinander abgewogen. Dies gelingt schon deswegen nicht, weil sich vieles erst in der Praxis zeigt und im Vorfeld der Reflexion nicht zugänglich ist. Dazu trägt u. a. bei, dass sehr viel Emotionalität im Spiel ist – zu viel, um ein Urteil fällen zu können, das als rational gelten könnte. Menschen hängen etwa an einem Haus, in dem die Kinder groß geworden sind, weshalb sowohl Barrieren für die eigene Mobilität und damit verbundene Sicherheitsrisiken als auch der Nutzen eines Umzugs in eine altersgerechte Umgebung und das Vorhandensein von Hilfe beflissentlich übersehen werden.

Werteabwägung durch andere oder in Absprache

Ältere Menschen fällen die Entscheidung über einen Heimeinzug selten allein. Häufig sind andere Personen, z. B. sorgende Angehörige, aktiv in den Entscheidungsprozess involviert oder sogar

federführend. Im Idealfall – wenn man respektiert, was Freiheit für sie bedeutet – sind die älteren Menschen an den Entscheidungen beteiligt. Das trifft jedoch nicht immer zu, etwa wenn nach einem Krankenhausaufenthalt ein Heimeinzug alternativlos erscheint oder von Ärztinnen und Ärzten „verordnet“ wird. In anderen Fällen sind die (teils berechtigten) Sorgen und Verunsicherungen oder Freiheitseinschränkungen der Angehörigen zu groß, sodass deren Interessen über die der älteren Menschen gestellt werden: Manche ältere Menschen überschätzen ihre eigenen Fähigkeiten, wodurch sie sich selbst gefährden, können ihre Lebensumstände nicht mehr erfassen oder benötigen eine Betreuung rund um die Uhr, sodass ein Heimeinzug nachvollziehbar begründet werden kann.

Verschränkung von Werteabwägungen

Für vulnerable, als gefährdet wahrgenommene Personen, die versorgt werden müssen und zusammenleben, scheinen institutionelle Strukturen, das Aufstellen und Einhalten von Regeln notwendig – selbst wenn diese die individuelle Freiheit sowohl von Angestellten als auch von Bewohnerinnen und Bewohnern einschränken. Diese Regeln ermöglichen dem Personal die Arbeit und schaffen einen mehr oder minder flexiblen Rahmen, in dem sie handeln können. Hier geht es um Verlässlichkeit, Erwartbarkeit, Planbarkeit – Aspekte, die auch aus Sicht des Personals als Sicherheiten gelten. Heimleitungen entscheiden über Freiheitsbeschränkungen und die Sicherheit des Personals wie die der Heimbewohnerinnen und -bewohner, etwa wenn Dienstpläne vorgeben, welche Pflegekraft wann wen versorgt, dass man sich bei Verlassen des Gebäudes abmelden muss oder dass bestimmte Bereiche nur in Begleitung genutzt werden dürfen. Werteabwägungen für Heimbewohnerinnen und -bewohner erscheinen mit solchen für das Personal verschränkt. Was im Heim erlaubt und möglich ist, hängt wesentlich von gesetzlichen Vorgaben, personeller Ausstattung und finanziellen Ressourcen ab und wird stark davon geprägt, wer in dem Heim wohnt: Sind es viele stark körperlich eingeschränkte

Die Corona-Krise hat zu vermeidbaren Grundrechtsverletzungen geführt.

Personen, die physische Unterstützung benötigen, wobei durch das Personal abgesichert Freiheit ermöglicht wird? Oder sind stark kognitiv eingeschränkte Menschen in der Überzahl, die desorientiert und weglaufgefährdet sind, weshalb sie – zumindest bei den in Deutschland gegenwärtig typischen Wohnformen – durch das Personal und das Heim zu ihrer eigenen sowie zur Sicherheit anderer Bewohnerinnen und Bewohner in ihren Freiheiten eingeschränkt werden müssen? Entsprechend berichten Heimleitungen von Maßnahmen auf Kosten von Freiheit, die zur Absicherung und zum Schutz des Personals, der Bewohnerinnen und Bewohner sowie zum Schutz des Heims vor Angehörigen nötig sind. Manche Angehörigen gelten als überängstlich, was in – aus Heimsicht – übertriebenen Forderungen (z. B. Bettgitter statt Mobilität und Autonomie) und der ständigen Gefahr mündet, von Angehörigen verklagt zu werden. Das reduziert zwar nicht die Spielräume des Heims, aber die Bereitschaft des Personals, diese auszuschöpfen.

Pflegeheime in der Pandemie

Unter dem provokanten wie traurigen Titel „Der alte Mensch als Verschluss-sache. Corona und die Verdichtung der Kasernierung in Pflegeheimen“ vertrat Frank Schulz-Nieswandt 2021 die These, dass Pflegeheime als Ausdruck der Freiheitsfokussierung unserer Verfassung eigentlich Orte des alltäglichen

Lebens und normalen privaten Wohnens sein sollen. De facto würden aber mehr denn je Schutz und Sicherheit statt Teilhabechancen durch soziale Kontakte die Lebenswirklichkeit der Bewohnerinnen und Bewohner bestimmen. Die Corona-Krise habe zu vermeidbaren Grundrechtsverletzungen geführt und die Dichteform der Kasernierung auf die Spitze getrieben. Die aktuelle Krise halte uns als Gesellschaft den Spiegel vor, dass die Transformation der Wohnformen im Alter mit den Dimensionen Selbstbestimmung, Selbständigkeit und Teilhabe bislang nicht hinreichend gelungen sei. Nicht das Sicherheitsdispositiv dürfe das Krisenregime dominieren, sondern die auf Freiheit und Selbstbestimmung angelegte Würde der Person sollte orientierender Fluchtpunkt für Heime sein.

Die Wertkonflikte erfordern eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung und neue Konsense. Unsere Studie zeigt aber, dass es jenseits offensichtlicher Wertkonflikte einen nennenswerten Bereich von Wertverhältnissen gibt, die nicht primär von Spannungen oder Konflikten geprägt sind. Hier sollte und könnte individuellen Freiheiten deutlich mehr Gewicht eingeräumt werden. Und hier stellt es keinen Widerspruch dar, Freiheit und Sicherheit zu fördern.

Prof. Dr. Nicole J. Saam

lehrt Methoden der empirischen Sozialforschung an der FAU Erlangen-Nürnberg. Sie forscht u. a. über Organisationssoziologie, Politische Soziologie sowie Human-Animal-Studies, ist Mitglied der BAdW und Co-Sprecherin von deren Ad hoc-AG „Zukunftswerte“.

Dr. Marie-Kristin Döbler

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Universität Tübingen. Sie forschte in der Ad hoc-AG „Zukunftswerte“ der BAdW im Vorhaben „Sicherheit versus Freiheit im Lebenslauf. Dynamik eines Wertkonflikts im demographischen Wandel“.
